

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
03/2011(III)*



Liebe FreundInnen!

Am 30. und 31. März 2011 fanden die 99. und die 100. Sitzung des Nationalrates in dieser Legislaturperiode statt. Themen waren unter anderem die Gründung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, neue Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sowie mehr Schutz vor ungebetenen Werbeanrufen und die Einführung wichtiger Regelungen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping.

Neben einer kurzen Zusammenfassung der geführten Debatten und der getroffenen Beschlüsse, findet ihr hier natürlich wie immer auch meine aktuellen Presseaussendungen und meine Redebeiträge in den Parlamentsdebatten.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 30. und 31. März trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Im Zentrum der Diskussionen standen der Euro-Schutzschirm und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und für mehr Transparenz. Beschlossen wurden Gesetzesvorlagen gegen ungebetene Werbeanrufe, wichtige Regelungen zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping und die Rot-Weiß-Rot-Karte.

Der Mittwoch startete mit einer **Aktuellen Stunde zum Euro-Schutzschirm**. Dabei betonte **Bundeskanzler Werner Faymann**, dass die gemeinsame Währung und der Euro-Schutzschirm **wichtig für Krisenbewältigung** und **Stabilität** sind. Der Euro bringt Vorteile für den Arbeitsmarkt, für das Wachstum und die Sicherheit in Europa.

Auch **Klubobmann Josef Cap** betonte die Bedeutung der gemeinsamen Währung Euro für Österreichs Konkurrenzfähigkeit in einer globalen Wirtschaft. Selbstverständlich gilt es aber auch an die "Wurzel des Problems" zu gehen und Begleitmaßnahmen, wie die stärkere Regulierung der Finanzmärkte, zu beschließen.

Der Euro-Schutzschirm war auch Thema der **Dringlichen Anfrage** am Nachmittag. Hier bekräftigte **Bundeskanzler Werner Faymann** nochmals seine Zustimmung zum Euro-Schutzschirm und betonte, dass es durch den EU-Wettbewerbspakt **keine Eingriffe in österreichische Lohn- und Pensionsangelegenheiten** geben wird.

Am Donnerstag stand zuerst eine **Fragestunde an den Bundeskanzler** auf der Tagesordnung. Zur Sprache kamen unter anderem auch die anstehenden **Bildungsreformen**, hier zeigte sich, dass **mehr Tempo** richtig sei, so der Bundeskanzler. Der kürzlich vorgelegte Bildungsfahrplan ist jedenfalls mit entsprechenden finanziellen Ressourcen ausgestattet, der Ausbau der **Neuen Mittelschulen** und **ganztägiger Schulformen** wird vorangetrieben. Ab September wird es 117 Neue Mittelschulen zusätzlich zu den bereits bestehenden 320 geben, bis 2014 werden 80 Millionen jährlich für den Ausbau ganztägiger Schulformen aufgewendet und die Betreuungsplätze so auf 160.000 aufgestockt.

Am **Nachmittag** brachten die Grünen einen **Dringlichen Antrag** im Nationalrat ein, in dem sie die Umsetzung eines „umfassenden Transparenz- und Antikorruptionspakets“ fordern. **Beschlossen** wurde dann ein **SPÖ/ÖVP-Anti-Korruptionsantrag**, mit dem die Justizministerin unter anderem aufgefordert wird, die **Transparenz der Politiker-Einkünfte** sicherzustellen, ein **Lobbyisten-Register des Parlaments** zu erstellen und die **Antikorruptionsstaatsanwaltschaft** zu

stärken. Geplant ist auch, die **meldepflichtigen Tätigkeiten von Abgeordneten zu erweitern** und eine **Meldepflicht für Parteispenden ab einem Wert von 7.000 Euro** festzulegen.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 30.03.2011

Strenge Gesetze gegen Telefonkeiler („Cold Calling“) ([1031 d.B.](#))

Mit der Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wird Telefonkeilern durch höhere Strafen ein Riegel vorgeschoben. Werbeanrufe mit unterdrückten oder verfälschten Nummern sind künftig verboten und können bei Missachtung zu einer Geldstrafe bis zu 37.000 Euro führen. Schon jetzt gilt: Werbeanrufe sind nur dann zulässig, wenn der Anrufer davor zugestimmt hat. Neu ist die Erhöhung des Strafrahmens für unzulässige Werbeanrufe auf 58.000 Euro.

Mehr Schutz von KonsumentInnen vor „Cold-Calling-Verträgen“: Im Konsumentenschutzgesetz (KSchG) wurde im Zusammenhang mit unzulässigen Werbeanrufen neu geregelt, dass künftig Verträge von besonders lästigen Branchen (Wett-, Lotteriedienstleistungen und Gewinnzusagen) nicht mehr gelten und grundsätzlich nichtig sind. ([1108 d.B.](#))

Weitere Beschlüsse in Kürze

Nationalrat erschwert Waffenexporte – Außenhandelsgesetz 2011 ([1127 d.B.](#))

Ziel der Änderung des Außenhandelsgesetzes ist es, den Missbrauch von genehmigungspflichtigen Exportgütern (militärische Güter) zu verhindern. Das beschlossene Außenhandelsgesetz berücksichtigt die Einhaltung der Menschenrechte deutlich strenger und präziser als bisher. Die Änderungen wurden aufgrund einer EU-Richtlinie notwendig. Diese sieht vor, dass die Ausfuhr von Gütern untersagt werden kann, wenn allein der Verdacht besteht, dass sie für die Herstellung biologischer oder chemischer Waffen beziehungsweise zur Förderung des Terrorismus verwendet werden.

Grenzüberschreitende Mediation in Zivil- und Handelssachen in der EU – Hohe Standards bei Qualifikation von Mediatoren bleiben gewahrt ([1125 d.B.](#))

Ziel der Mediations-Richtlinie ist es, dass mehr Menschen und Unternehmen Mediation in Anspruch nehmen. Das österreichische Mediations-Gesetz geht viel weiter als die umzusetzende EU-Richtlinie, vor allem im Bereich der Qualifikation von Mediatoren. Damit diese Standards erhalten bleiben, wird die Richtlinie nur auf grenzüberschreitende Sachverhalte im EU-Raum beschränkt.

Maßnahmen gegen Falschinformation zu Gesundheits- und Lebensmittelangelegenheiten im Netz ([1109 d.B.](#))

In diesem Fünf-Parteien-Antrag wird der Bundesminister für Gesundheit ersucht, sich dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene gezielt Falschinformationen über Lebensmittel und Ernährung im Internet gesammelt, analysiert und bewertet werden. Ursache für den Antrag ist der Missstand, dass über das Internet zunehmend Falschinformationen zu Gesundheits- und Lebensmittelangelegenheiten verbreitet werden, was bei den KonsumentInnen für Verunsicherung sorgt.

Bisphenol A in Gebrauchsgegenständen: Babys und Kinder vor gesundheitsschädigenden Auswirkungen schützen ([1110 d.B.](#))

Mit diesem Antrag wird Gesundheitsminister Alois Stöger ersucht, auf Grundlage des Vorsorgeprinzips auf europäischer Ebene für ein gänzlich Verbot von „Bisphenol A“ für jene Artikel, die für Kinder bis 3 Jahre geeignet sind, einzutreten, sowie auf ein Herabsetzen der Grenzwerte von „Bisphenol A“ für Materialien und Gegenstände zu drängen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen.

Azofarbstoffe in Lebensmitteln: Verbot prüfen ([1111 d.B.](#))

Azofarbstoffe können bei KonsumentInnen Allergien auslösen und die Aktivität und Aufmerksamkeit von Kindern beeinträchtigen. Daher wird der Gesundheitsminister ersucht, bei der EU-Kommission und im Rat für eine Prüfung eines generellen Verbots von Azofarbstoffen, vor allem in Lebensmitteln für Kinder einzutreten. Darüber hinaus soll bei der AGES eine öffentlich zugängliche Datenbank über Produkte, die frei von Azofarbstoffen sind, eingerichtet werden, um damit für die Verbraucher Transparenz zu schaffen.

Beschlossen wurde auch eine technische Novellierung des **Abschlussprüfungs-Qualitätssicherungsgesetzes ([1126 d.B.](#))**, um die Verfassungskonformität nach einem Verfassungsgerichtshofsurteil sicher zu stellen.

Behandelte Berichte

Gesamtbericht über den Einsatz besonderer Ermittlungsmaßnahmen im Jahr 2008: Wirksame Maßnahme zur Kriminalitätsbekämpfung – hohe Sensibilität von Behörden notwendig ([III-110/1123 d.B.](#))

Der vorliegende Gesamtbericht befasst sich mit den besonderen Ermittlungsmaßnahmen, insbesondere mit der optischen und akustischen Überwachung („großer Späh- und Lauschangriff“ und „kleiner Späh- und Lauschangriff“) sowie mit dem automationsunterstützten Datenabgleich („Rasterfahndung“) im Jahr 2008. Wenngleich diese Ermittlungsmaßnahmen für eine

effektive Kriminalitätsbekämpfung zielführend und wichtig sind, muss seitens der Behörden mit besonderer Sensibilität vorgegangen werden. Außerdem verlangte die SPÖ im Rahmen der Debatte im Parlament, dass der Bericht über den Einsatz besonderer Ermittlungsmaßnahmen neben der Knüpfung an eine richterliche Genehmigung auch mit einer Diskussion im Parlament zu verbinden ist.

Die wichtigsten Beschlüsse vom Donnerstag, 31.03.2011

Österreich ist gut auf die Arbeitsmarktöffnung vorbereitet – Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz ([1094 d.B.](#))

Österreich ist gemeinsam mit Deutschland eines der letzten beiden EU-Länder, in denen die Hürden für ArbeitnehmerInnen aus den 2004 der EU beigetretenen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und den baltischen Staaten fallen werden.

Mit dem **Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping** wird **sichergestellt**, dass **alle in Österreich beschäftigten ArbeitnehmerInnen** jedenfalls den **kollektivvertraglich festgelegten Grundlohn** erhalten, der Nivellierung des Lohnniveaus nach unten wird damit ein Riegel vorgeschoben.

Das **Gesetz schützt** sowohl **österreichische ArbeitnehmerInnen** als auch Beschäftigte, die nach Österreich kommen. Bei **Verstößen drohen Strafen bis zu 50.000 Euro**, bei wiederholten Verstößen wegen Unterentlohnung muss die Bezirksverwaltungsbehörde dem ausländischen Arbeitgeber die Dienstleistung in Österreich untersagen. Kontrolliert werden die Löhne durch die Wiener Gebietskrankenkasse, die Träger der Krankenversicherung und im Baubereich durch die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse.

Rot-Weiß-Rot-Karte – erstmals Zuwanderungssystem mit klaren Regeln ([1092 d.B.](#))

Die **Rot-Weiß-Rot-Karte** ist ein **kriteriengeleitetes Zuwanderungssystem**, das auf einem Punktesystem basiert. Für Kriterien wie **Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter** und **Mindestentlohnung** werden jeweils Punkte vergeben. **Bevor Arbeitskräfte in Mangelberufen zuwandern dürfen, wird es eine Arbeitsmarktprüfung geben.** Und nur, wenn ein tatsächlicher Mangel besteht, wird die Rot-Weiß-Rot-Card ausgestellt.

Weitere Beschlüsse in Kürze

Soziale Rechte für ArbeitnehmerInnen: Europäische Sozialcharta revidiert ([1090 d.B.](#))

Die revidierte Charta enthält in 31 Artikeln eine Reihe von sozialen Rechten, die von sicheren und gesunden Arbeitsbedingungen und einem gerechten Arbeitsentgelt über adäquate Gesundheitsversorgung bis hin zum Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung reichen. Gegenüber der Ursprungsfassung der Sozialcharta aus dem Jahre 1961 wurden dabei in etlichen Bereichen Änderungen, insbesondere zur Berücksichtigung des EU-Rechts, vorgenommen.

Sichere und gesunde Arbeitsumwelt ([1091 d.B.](#))

Abgesegnet hat der Nationalrat ein Übereinkommen und eine Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz. Die Instrumente enthalten Regelungen bzw. Vorschläge zur Förderung der Verhütung von arbeitsbedingten Unfällen, Erkrankungen und Todesfällen in Beratung mit den Sozialpartnern.

Bundeseinheitliche Regelungen für Persönliche Assistenz ([1098 d.B.](#))

In diesem Antrag wird der Sozialminister ersucht, gemeinsam mit den Ländern Vorschläge für eine bundesweit einheitliche Regelung der Persönlichen Assistenz in allen Lebensbereichen zu erarbeiten und diese im Zuge des nächsten Finanzausgleiches mit zu verhandeln.

Masterplan für Öffentliche Büchereien ([1105 d.B.](#))

Aus dem Kulturausschuss lag ein Antrag, der auf eine Initiative der SPÖ zurückgeht, vor. Er fordert die Erstellung eines Masterplans zur bundesweiten mittel- und langfristigen Entwicklung der Öffentlichen Büchereien. Ziel ist die flächendeckende Versorgung mit Literatur und Information für alle Österreicher und Österreicherinnen. Öffentliche Büchereien sollen als integraler Bestandteil des Bildungssystems und Kulturangebotes sowie als größte außerschulische Bildungs- und Leseförderungseinrichtung bei den Maßnahmen zur Leseförderung berücksichtigt werden. Der Masterplan, der nun erstellt werden soll, ist ein Meilenstein in der Positionierung der Büchereien als wesentliche Zentren für Bildung, Kultur, Information und Leseförderung.

Trilaterales Abkommen zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Bereich Film ([1107 d.B.](#))

Im Interesse der Intensivierung filmwirtschaftlicher Beziehungen hat Österreich ein trilaterales Abkommen mit Deutschland und der Schweiz abgeschlossen. Es hat zum Ziel, Gemeinschaftsproduktionen und deren Verbreitung zu fördern und die

internationale Zusammenarbeit zu erleichtern und abzusichern. Dazu werden Gemeinschaftsproduktionen Inlandsproduktionen gleichgestellt. Nach Maßgabe der jeweiligen rechtlichen nationalen Vorgaben erhalten Gemeinschaftsproduktionen damit die Möglichkeit auf Beihilfen und sonstige finanzielle Vorteile und Vergünstigungen.

Österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen ([1119 d.B.](#))

Mit diesem Gesetz werden die Beiträge Österreichs zu internationalen Entwicklungsbanken und Organisationen für 2011 in der Höhe von zirka 80 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren beschlossen. So zum Beispiel zur Finanzierung globaler Entwicklungsprojekte unter anderem für die Realisierung der UNO-Millenniumsziele zur Halbierung der Weltarmut bis 2015.

Ebenfalls beschlossen wurden zwei **Doppelbesteuerungsabkommen**, eines mit Deutschland ([1117 d.B.](#)) und eines mit Bosnien-Herzogowina ([1118 d.B.](#)). Die Abkommen dienen unter anderem dem Informationsaustausch auf Anfrage, damit das Bankgeheimnis nicht für Steuerhinterziehung in anderen Ländern missbraucht werden kann.

Dem Ersuchen um Zustimmung zur **behördlichen Verfolgung** des Abgeordneten **Stadler** ([1131 d.B.](#)) und des Abgeordneten **Neubauer** ([1132 d.B.](#)) wurde stattgegeben.

Behandelte Berichte

Sozialbericht 2009/2010: Analysen über die soziale Entwicklung in Österreich ([III-194/1089 d.B.](#))

Der aktuelle Sozialbericht enthält umfangreiche Informationen über die Ressortaktivitäten des Sozialministeriums sowie vier aktuelle Analysen über die soziale Entwicklung in Österreich: Sozialausgaben Österreichs 2008; Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung; die Entwicklung und Verteilung der Einkommen; einige Aspekte der Vermögensverteilung in Österreich. Die österreichische Sozialpolitik leistet einen wesentlichen Beitrag zur Vorbeugung und Verminderung von Armut, schafft die Voraussetzungen für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und unterstützt die Bewältigung des sozialen, demografischen und ökonomischen Wandels. Sozialtransfers leisten einen großen Beitrag zur Verringerung von Armutsgefährdung. Ohne Sozialleistungen wäre die Armutsgefährdung mehr als drei Mal höher und würde deutlich über drei Millionen Menschen betreffen. Die Sozialquote ist aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit und wegen des krisenbedingt zurückgegangenen Bruttoinlandsproduktes im Krisenjahr 2009 gemäß vorläufiger Zahlen wie in allen EU-Staaten angestiegen und wird in Folge wieder rückläufig sein.

Parlamentsreden vom 30/31.03.2011

Redebeitrag zum Euroschutzschirm

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Lugar, Herr Haider hat aber nicht gesehen, dass er mit Ihrer Partei Kärnten in den Ruin führt und in eine unwahrscheinlich große Verschuldung. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP. – Widerspruch beim BZÖ.)*

Vergessen Sie nicht, dass wir gerade glimpflich an einer der größten Wirtschafts- und Finanzkrisen der letzten Jahrzehnte vorbeigeschrammt sind, ausgelöst letztendlich durch Spekulationen! Und eines macht die Einigung auf den neuen europäischen Stabilitätsmechanismus klar und schickt ein ganz eindeutiges Signal an die Finanzmärkte aus, nämlich dass es keinen Sinn mehr macht, gegen ein Land des Euroraums zu spekulieren. Ich glaube, das ist schon eine sehr wichtige Ansage. Mit dem neuen Stabilitätsmechanismus ist das jetzt endlich klargestellt. Die Gemeinschaft ist zusammengerückt, sie steht geschlossen hinter dem Euro, denn letztendlich trägt der Euro zu unserem Wohlstand nachhaltig bei und kann ihn sichern.

Durch die jetzt beschlossenen Reformen werden Stabilität und Sicherheit geschaffen, die für die Zukunft so notwendig sind. Das heißt, der Weg führt weg von der Krisenpolitik hin zu einer nachhaltigen und aktiven Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, einer Politik, die sich jetzt endlich darauf konzentrieren kann, in Bildung, Forschung und Entwicklung zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen, anstatt Angriffe der Finanzmärkte abzuwehren.

Folgendes möchte ich auch noch betonen, meine Damen und Herren: Es ist eine Tatsache, dass uns die gemeinsame Währung, der Euro, jedes Jahr 2,6 Milliarden zusätzlich einbringt. Diese Zahlen sind nicht von irgendwo, sondern das Wifo hat eine Studie dazu gemacht, und das können Sie darin lesen. Sie können darin aber auch lesen, dass uns der Euro noch etwas bringt, nämlich 20 000 zusätzliche, neue Arbeitsplätze. Und wer das aufgeben will, ich glaube, dem kann man nicht wirklich helfen.

Zudem erfüllt das Geld, das in den Schutzschirm eingezahlt wird, auch einen anderen, sehr bedeutenden Zweck, nämlich: Es ist eine Investition in Stabilität und Sicherheit und damit eine Investition, die Österreich mit seiner exportorientierten Wirtschaft ermöglicht, seinen Wohlstand zu steigern und auch die Arbeitsplätze zu sichern beziehungsweise neue zu schaffen.

Dieses Geld schafft aber noch mehr. Es schafft die Voraussetzung dafür, dass wir uns in Europa wieder den drängenden sozialen Herausforderungen widmen können, nämlich Bildung, Beschäftigung, Armutsbekämpfung. Daher ist dieses Geld gut und verantwortungsvoll angelegt.

Zusammenfassend ist es jetzt sicher an der Zeit, uns auf die nachhaltige Bewältigung der Krise zu konzentrieren. Aus Sicht der SPÖ ist klar, dass es erstens mehr Gerechtigkeit und zweitens eine klare Prioritätensetzung braucht.

Mehr Gerechtigkeit ist deshalb nötig, weil es nicht sein kann, dass wir alle die Krisenrechnung präsentiert bekommen, während sich andere bereits wieder eine goldene Nase verdienen. Auch da leistet der europäische Stabilitätsmechanismus einen wichtigen Beitrag, denn private Gläubiger, also Banken und Hedgefonds, werden von dem ESM – dem neuen europäischen Stabilitätsmechanismus – erstmals systematisch zur Kasse gebeten, wenn ein Staat Zahlungsprobleme hat. – Und das ist noch nicht genug. Es gehört noch mehr dazu. Ich denke da zum Beispiel an die Finanztransaktionssteuer, an der wir, wie Sie alle wissen, arbeiten. Das ist aber immerhin ein sehr guter Anfang.

Eine klare Prioritätensetzung bedeutet Vorrang für die Zukunftsinvestitionen – ich habe das schon erwähnt – in Bildung, in Forschung oder auch in unsere Sozialsysteme.

Auch die EU wird ihren Beitrag zu leisten haben. Notwendig sind eine Bürokratierreform, die Reduktion der EU-Agenturen und eine Modernisierung des Beamtenstatuts. – Das sind nur einige Beispiele dafür, woraus der gerechte Beitrag der EU-Institutionen letztendlich bestehen könnte.

Es ist also in den kommenden Monaten noch sehr viel zu tun. Das Gute an diesem neuen Schutzschirm ist aber, dass er uns die Stabilität gibt, dass er uns die Sicherheit gibt, die wir brauchen, um mit diesen Herausforderungen auch gut umgehen zu können. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Redebeitrag zum Trilateralen Abkommen zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Bereich Film

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Der österreichische Film hat bei der letzte Woche zu Ende gegangenen „Diagonale“ mit rund 500 Einreichungen ein sehr lebhaftes Zeichen von sich gegeben. Das zeigt, wie Sie, Frau Ministerin, schon erwähnt haben, den enormen Reichtum an kreativer Arbeit durch FilmemacherInnen hier in Österreich.

Nicht erst seit den letzten großen Preisen hat man in Österreich die Wichtigkeit des Films als Kulturgut erkannt. Kino, das ist „Haltung zur Welt“, hat die Intendantin der „Diagonale“ gesagt. Bezeichnenderweise wurde das Festival mit dem Film „Abendland“, einer assoziativen Reise durch Europa eröffnet.

Was sich in den letzten Jahren verändert hat, abgesehen von der Haltung zum Kulturgut Film, und was auch ausbaufähig ist, ist die Sichtweise auf den Film; denn auch das wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Potential muss zunehmend in den Mittelpunkt gerückt werden. Es gibt also vielfältige Gründe, warum der Film beziehungsweise die Filmwirtschaft gestärkt werden muss.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch dieses trilaterale Abkommen zwischen Österreich, Deutschland und der Schweiz zu sehen. Ich glaube, es ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung der Filmindustrie, und es soll auch zu einem verbesserten kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zwischen den drei Staaten führen. Und es ist letztendlich ein starkes politisches Statement für die Wichtigkeit des Films insgesamt.

Abschließend, sozusagen als P.S.: Frau Unterreiner, ja, Sie haben recht: Wir sind mit den meisten Forderungen Ihres Antrags nicht einverstanden, daher können wir ihm nicht zustimmen. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Nationalrat - Muttonen zu Euro-Schutzschirm: "Es macht keinen Sinn, gegen ein Euro-Land zu spekulieren"](#) (30.03.2011)

[Muttonen : Neuer Euro-Schutzschirm schafft Sicherheit =](#) (23.03.2011)

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Doktor-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien